

Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg
Kerstin Kaiser

Mündliche Anfrage
zur Sitzung des Landtages am 16./17./18. Dezember 2015

Lange Wege für kurze Beine?

Bis 2015/16 gingen und gehen die GrundschülerInnen aus dem OT Gielsdorf (Stadt Altlandsberg in Märkisch-Oderland) regulär in Strausberg zur Schule. Grundlage dafür ist eine zwischen Strausberg und Altlandsberg bisher gültige öffentlich-rechtliche Vereinbarung.

Mit Schreiben vom 25.11.2015 informierte nun die Bürgermeisterin der Stadt Strausberg den Bürgermeister von Altlandsberg, diese Vereinbarung mit der Stadt Altlandsberg zur Übertragung der Schulträgerschaft für den Ortsteil Gielsdorf einschl. Eichenbrandt und Wilkendorf (SVVB26/340/2011 vom 31.3.2011, Gültigkeit: Schuljahre 2011/12 bis 2015/16) ab Sommer 2017 auslaufen zu lassen. Als Gründe benennt die Verwaltung die Einwohnerzunahme insgesamt, die Sanierung und Erweiterung einer Schule sowie den Zuzug von Flüchtlingsfamilien. Diese Begründung ist durchaus strittig.

Dennoch: Die Entscheidung Strausbergs hätte in der Konsequenz ab dem nächsten Schuljahr doch erheblichen Folgen und Folgekosten für die betroffenen Kinder, Familien, Schulen und Verwaltungen. Der Landkreis würde z.B. die ÖPNV/Schulbus-Planung ändern müssen. Gerade sehr kleine Kinder müssten täglich einen längeren Schulweg zurücklegen. Im ungünstigsten Fall müssten dann sogar Geschwisterkinder aus Gielsdorf und Wilkendorf in verschiedene Grundschulen in entgegengesetzte Richtungen fahren, was sich für die betroffenen Familien als unzumutbar herausstellen könnte. Deshalb wird vor Ort gefordert, diese Entscheidung zu überdenken und nach kurz-, mittel- und langfristigen Alternativen zu suchen, z.B. Plankorrekturen beim Schulerweiterungsbau, Um- oder Neubau.

Ich frage die Landesregierung:

Welche Einschätzung und Hinweise zur entstandenen Situation und ihrer Lösung kann sie den KommunalpolitikerInnen geben?

Kerstin Kaiser